

Niederschrift

über die 40. öffentliche Sitzung der **Gemeindevertretung** der Stadtgemeinde Oberndorf, welche am Mittwoch, dem **18. Februar 2009**, um 19.00 Uhr in der Hauptschule Oberndorf stattgefunden hat.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindeglieder
2. Beschlussfassung der Niederschrift vom 10.12.2009
3. Berichte des Bürgermeisters
4. Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG – Neubau HAK/HAS/PTS; Beauftragung d. Architektenleistungen (Objektplanung, Planungscoordination)
5. Sanierung Volksschul-Turnhalle – Beauftragung div. Gewerke
6. Erweiterung und Abänderung des Bebauungsplanes „Krankenanstalten“
7. Ermächtigung gem. § 16 (3) Passgesetz
8. Änderung der Abfuhrordnung
9. Subventionen
10. Allfälliges

Anwesende:

Bürgermeister Peter Schröder
1. Vizebürgermeister Mag.(FH) Johann Danner
2. Vizebürgermeister Otto Feichtner
Stadtrat Alois Wetsch
Stadtrat Dietmar Innerkofler
GV Josef Auzinger
GV Bärbel Stahl
GV Josef Gönitzer
GV Wolfgang Stranzinger
GV Wolfgang Oberer
Stadtrat Ing. Johann Bruckmoser
Stadträtin Anna Schick
GV Georg Mayrhofer
GV Peter Illinger
GV Franziska Stampfer
GV Martin Neumeier
GV Dr. Andreas Weiß
Stadtrat Dietmar Prem
GV Georg Meindl – erscheint um 19.10 Uhr
GV Johann Tutschka
GV Ing. Johann Schweiberer
Stadtrat Dr. Patrick Weihs
GV Maria Petzlberger
GV Dr. Andrea Voggenhuber
GV Josef Hagmüller – erscheint um 19.13 Uhr

Weiters anwesend:

Dipl.-Ing. Arnold Schmitzer, pm1, zu TOP 4.
Dipl.-Ing. Dieter Müller, Bauamtsleiter
Dr. Gerhard Schäffer, Amtsleiter

Schriftführerin: Gabriele Niederstrasser

Es waren 23 Zuhörer anwesend.

Verlauf und Ergebnisse der Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger

Bürgermeister Schröder begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr. Er stellt fest, dass aufgrund der Anwesenheit von 23 Gemeindevertretungsmitgliedern die Beschlussfähigkeit des Gremiums gegeben ist. Die Tagesordnung wurde zeitgerecht und ordnungsgemäß zusammen mit der Einberufung zu dieser Sitzung zugestellt. Es bestehen dagegen keine Einwände.

Die Bürgerfragestunde entfällt, da seitens der anwesenden Zuhörer keine Fragen zur Tagesordnung gestellt werden.

2. Beschlussfassung der Niederschrift vom 10.12.2009

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, das Protokoll der Gemeindevertretungssitzung vom 10. Dezember 2008 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

3. Berichte des Bürgermeisters

Entfällt – keine Berichte!

4. Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG – Neubau HAK/HAS/PTS; Beauftragung der Architektenleistungen (Objektplanung, Planungscoordination)

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Zur Entwurfsfindung wurde ein internationaler, zweistufiger Realisierungswettbewerb im Sinne des BVergG durchgeführt. Am 12.11.2008 wurde aus den eingelangten 17 Projekten der Entwurf der Wiener Architekten Bremhorst und Karl zum Siegerprojekt gekürt. Im Dezember wurden die Details des Architektenvertrages ausverhandelt. Der Vertrag liegt zur Beschlussfassung vor. Die Auftragssumme beträgt netto € 553.224,89 (inkl. Nebenkosten). Die Beauftragung erfolgt durch die Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG.“

Bürgermeister Schröder ergänzt, dass mit dem Architekten sehr eingehend verhandelt wurde und es gelungen sei, einen Abschlag zu erzielen, der erheblich über das übliche Maß hinaus geht. Der Vertrag wurde mit dem Bund beraten und steht heute zur Beschlussfassung an.

GV Ing. Schweiberer: Ist in diesen Kosten auch der Planungsordinator beinhaltet?

Dipl.-Ing. Müller: Ja, der Planungsordinator ist enthalten. Die Baukoordination wird der örtlichen Bauaufsicht übertragen.

Bürgermeister: Es wird noch eine zusätzliche Unterstützung seitens des Bundes geben. Durch Dipl.-Ing. Wenger vom Land erfolgt eine begleitende Kontrolle und der Bund übernimmt dafür die Kosten.

Stadtrat Dr. Weihs zum Bürgermeister: Ich habe auf mein Mail vom 13. 01. 09 bisher keine Antwort erhalten. Ist meine Anfrage wichtig oder wurde sie geklärt? Wir befinden uns mitten in der Gaskrise. Es wurde für diese Schule festgelegt, dass eine Gasheizung verpflichtend eingebaut wird. Ich habe dich gebeten, die Gasheizung zu verhindern, weil ich es für unverantwortlich halte. Was hast du erreichen können?

Bürgermeister: Wir haben am 28. 01. 09 in Wien verhandelt und ich habe gesagt, dass alternative Energieformen anzudenken seien. Es wird auf jeden Fall daran gedacht und der Technikplaner wird den Auftrag bekommen, Akzente zu setzen, da auch laut Bautechnikgesetz auf diese alternativen Formen Rücksicht zu nehmen ist. Dafür gibt es auch bessere Förderungen. Es ist jedenfalls gewollt, dass Alternativenergie angedacht wird. Du kannst davon ausgehen, dass ein diesbezüglicher Auftrag an den Technikplaner ergehen wird. Dies ist auch Wunsch des Bundes.

Stadtrat Dr. Weihs: Wir haben uns beraten, wie wir den Ausschreibungstext verstehen sollen. Uns ist er zu unverbindlich, das sind Absichtserklärungen. Wir möchten eine verbindliche, schriftliche Zusage, dass tatsächlich keine andere Möglichkeit der Heizung bestehen kann, sonst werden wir nicht zustimmen. Ich glaube schon, dass du persönlich nichts dagegen hättest, mit Alternativenergie zu heizen, doch wenn Gas einmal bewilligt ist, sieht es wieder anders aus. Ich anerkenne wohl deine Willensäußerung, doch ich möchte diese Sache verbindlich haben.

Bürgermeister: In schriftlicher Form kann ich das nicht vorlegen, ich kann nur sagen, dass auf diese alternativen Energieformen Rücksicht genommen werden muss. Es ist seitens des Bundes so verlangt.

Dipl.-Ing. Schmitzer: Grundsätzlich ist zu sagen, es stimmt, dass ein Andenken im Wettbewerb enthalten war, doch die Energieversorgung muss nicht im Architektenvertrag sondern im Fachplanervertrag vereinbart werden. Im Vertragstext für den Fachplaner ist dann der richtige Zeitpunkt, diese Prämissen vorzugeben. Es ist so, dass wir eine bestimmte Form der

Alternativenergienutzung vorschreiben können, das muss auf das Haus abgestimmt werden. Ich würde empfehlen, dass die Wirtschaftlichkeitsberechnungen von den Planern so vorzulegen sind, dass auch die Folgekosten mitbetrachtet werden. Das ist die richtige Entscheidungsgrundlage, und es ist Sache des Gebäudetechnikplaners. Dort ist dieses Thema entsprechend aufzunehmen.

- 19.10 Uhr – es erscheint GV Meindl, somit sind 24 GV anwesend.

Bürgermeister: Ziel ist, die Betriebskosten so niedrig wie möglich zu halten.

Stadtrat Dr. Weihs: Ich schlage vor, diesen Punkt von der Tagesordnung zu nehmen, das in den kommenden zwei Wochen zu regeln und dann wieder in die nächste Sitzung aufzunehmen.

- 19.13 Uhr – es erscheint GV Hagmüller, somit sind 25 GV anwesend.

Bürgermeister: Dies ist verantwortungslos, da der Schulbau verzögert werden würde. Die nächste Gemeindevertretung wird erst Ende März/Anfang April konstituiert werden. Den Architektenvertrag mit dem Technikvertrag zu vermischen, ist nicht richtig. Die Heizungsanlage ist nicht Teil des Beschlusstextes für den Architektenvertrag. Eine Verzögerung wäre jetzt sehr fatal, denn wir müssen dringend die Planungsleistungen ausschreiben. Wir sind in Zeitbedrängnis.

1. Vizebgm. Mag.(FH) Danner: Zum Energiethema: Wir haben diesen Punkt schon mehrfach eingefordert. Wir sind Klimabündnisgemeinde, wo das eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Wir sind der Meinung, dass die Kostenfrage allein den Punkt nicht entscheiden kann. Sicherlich werden wir eine nächste Gaskrise erleben. Daher sollten wir uns verpflichtet fühlen, solche Energieformen nicht mehr einzusetzen. Uns beschäftigt noch ein zweites Thema: Es hat vor einigen Wochen eine Pressekonferenz mit der Landeshauptfrau gegeben, wo es geheißen hat, in Oberndorf wird es ein Gymnasium geben, Fertigstellung 2012. Ich würde gerne den aktuellen Stand wissen. Wir haben parallel zwei Bundesschul-Bauvorhaben laufen, gibt es die Möglichkeit, diese beiden Schulen zusammenzufassen?

Bürgermeister: Es gibt einen abgeschlossenen Architektenwettbewerb für die Schulen HAK/HAS/PTS, zu dem heute dieser Architektenvertrag vorliegt. Was eine zukünftige AHS betrifft, so gibt es seitens der Bundesministerin die Aussage, dass der Standort dafür Oberndorf sein wird. Der Amtsführende Landesschulratspräsident Mag. Gimpl und Landeshauptfrau Mag. Burgstaller wünschen keine Verbindung einer AHS mit einer HAK/HAS. Beide sind solitär zu betrachten. Beide Bundesschulen sollen unabhängig voneinander und getrennt gebaut und betrieben werden. Es gibt seit 15.01.2009 die klare Aussage, dass in Oberndorf die AHS Platz finden wird. Dies liegt zwischenzeitlich auch schriftlich vor.

1. Vizebgm. Mag.(FH) Danner: Ich gehe davon aus, dass das auch vom Bund so kommen müsste, wenn es offiziell feststeht. Es müsste, wenn man mit den öffentlichen Mitteln korrekt umgeht, eine Nachdenkpause erfolgen, denn man sollte diese beiden Schulen des Bundes zusammenführen, vielleicht mit einer gemeinsamen Direktion oder Verwaltung. Wir sollten nicht so tun, als gäbe es das Gymnasium nicht.

Bürgermeister: Es gibt klare Aussagen der Landeshauptfrau und des Bundesministeriums, dass diese Verquickung nicht gewünscht wird.

Dr. Schäffer verliest auf Wunsch des Bürgermeisters die beiden nachfolgenden Schreiben. Der Amtsführende Präsident des Landesschulrates für Salzburg, Prof. Mag. Herbert Gimpl, schreibt am 10.02.2009 wie folgt:

„Als Amtsführender Präsident des Landesschulrates darf ich Ihnen in der Causa „BV des Bundes“ in Oberndorf folgendes mitteilen:

Man hat sich vor einigen Monaten zu einem gemeinsamen Neubauprojekt von PTS und HAK/HAS (Bund) geeinigt. Je nach Nutzungsvarianten gehen wir von einem spezifischen Aufteilungsschlüssel bei der Finanzierung aus. Im Minimum heißt das eine Beteiligung des Bundes von 60%. Das derzeit geschätzte Bauvolumen beträgt 10,4 Mio € netto. Die bereits aufgewendeten Wettbewerbskosten ca. 153.000 € sind meiner Erkenntnis durch einen Gemeinderatsbeschluss akkordiert. Weiters wurde ein Unternehmen für das Projektmanagement (PM1) beauftragt – auch durch GV Beschluss abgesegnet. Eine vermeintliche Abkehr dieses Projektweges würde eine erhebliche Verzögerung der Realisierung nach sich ziehen. Die bereits angefallenen Kosten wären – auch für den Bund - ohne Gegenwert verfallen. Der Landesschulrat als Behörde des Bundes hat kein Interesse an einer Verquickung mit dem Bau einer AHS – Oberstufe, denn beide Projekte sind im SCHEP nach Jahren erheblich getrennt. Auf Grund der prekären baulichen Situation hat das Projekt BHAK/BHAS höchste Priorität in der Abwicklung. Darüber hinaus darf ich mitteilen, dass von Seiten des BMUKK bereits ca. 24.000 € an das Land für eine Machbarkeitsstudie überwiesen wurden.

Ich hoffe mit diesen Ausführungen gedient zu haben und darf Sie auffordern im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiterhin das gegenständliche Projekt mitzutragen.“

Brief von Landeshauptfrau Mag. Gabi Burgstaller vom 18.02.2009:

„Bezug nehmend auf die geplante Errichtung eines Oberstufenrealgymnasiums in Oberndorf darf ich dir mitteilen, dass grundsätzlich für die Errichtung des Schulgebäudes das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur zuständig ist. Frau Bundesministerin Dr. Claudia Schmied hat bereits am 15. Jänner 2009 bei der Landesschulratspräsidentenkonferenz ihre Unterstützung für ein ORG in Oberndorf zugesichert. Im Schulbauprogramm des Bundes ist der Neubau einer AHS mit Fertigstellung für 2012 geplant. Die geschätzten Kosten belaufen sich auf ca. €11 Millionen. Mit dem Neubau der Polytechnischen Schule und der Bundeshandelsakademie/Bundeshandelschule entsteht derzeit in Oberndorf ein neues Schulzentrum, das durch das Oberstufenrealgymnasium erweitert werden soll. Ein gemeinsamer Bau von HAK und AHS ist nicht sinnvoll, da die Planungen für den Bau der HAK bereits weit vorangeschritten sind, und auf Grund der baulichen Situation hat das Projekt HAK höchste Priorität in der Abwicklung.

Eine Verzögerung des Bauvorhabens „HAK“ würde Oberndorf als Standort eines Schulzentrums gefährden. Oberndorf ist auf Grund seiner zentralen Lage und der günstigen Verkehrsverbindung optimal für ein Schulzentrum.

Die Prüfung, ob Möglichkeiten bestehen, an der HS Michaelbeuern eine dislozierte Klasse des ORG anzusiedeln, hat nichts mit der Infragestellung des Standortes des ORG in Oberndorf zu tun. Der Hauptstandort des ORG soll in Oberndorf bleiben.“

1. Vizebgm. Mag.(FH) Danner: Zu welchem Zeitpunkt ist die Fertigstellung geplant?

Bürgermeister: Wenn das Projekt nicht auf die lange Bank geschoben wird, könnte es 2012 in Betrieb gehen. Theoretisch könnte man, wenn man z. B. mit drei Klassen beginnt, schon vorher mit diesem Schultyp starten und 2012 dann in ein neu zu errichtendes Gebäude einziehen.

GV Ing. Schweiberer: Wir haben diese Sache zweigeteilt. Bei der damaligen Sitzung zur Ausschreibung des Kolloquiums gab es eine massive Diskussion. Der Planer hat gesagt, wenn wir Alternativen in Richtung Hackschnitzel und Pellets machen, wird es zu erhöhten Baukosten kommen. Es wurde empfohlen, auf eine Alternative in Bezug auf die Heizung wegen des Standortes der Schule abzusehen. Das ist für mich nicht neu. Alle sind bereit, neue Wege zu sehen. Damals wollten wir das, heute wollen wir etwas anderes. Das wird natürlich teuer.

Eine Verbindung Gymnasium mit HAK/HAS sehe ich als wichtig an. Wir sollten uns im Klaren sein, wo der Standort ist. Es ist die Verkehrslösung zu regeln. Für die Gemeindevertretung sehe ich eine Verbindung gegeben, das muss jedoch nicht für den schulischen Bereich zutreffen. Grundsätzliche Lösungen sind für mich ausschlaggebend. Schon jetzt ist die Verkehrslösung nicht zufriedenstellend. Das Problem wird mit zusätzlichen 200 Schülern noch massiver. Ich könnte mich mit dem Wunsch von Patrick Weihs anfreunden, dass wir nochmals neu durchrechnen und in 14 Tagen abermals darüber reden. Das Verfahren zur Flä-

chenwidmungsplanänderung ist noch nicht abgeschlossen. Es stellt sich die Frage, ob man einen Auftrag vorher vergeben sollte. Doch vielleicht ist es nur eine Formsache, vom logischen Aufbau her ist es aber nicht verständlich.

Dipl.-Ing. Müller: Das Flächenwidmungsplan-Änderungsverfahren ist gestartet. Die Umweltverträglichkeitsprüfung ist eine neue Forderung im Flächenwidmungsplan-Verfahren. In dieser Prüfung haben verschiedenste Fachdienststellen des Landes, u. a. die Naturschutzabteilung und die Landesumweltanwaltschaft, Parteistellung. Von diesen Fachdienststellen stehen die Antworten noch aus. Sie wollen die Fassade und gewisse Detailausbildungen sehen. Daher liegt der Flächenwidmungsplan noch nicht vor.

GV Ing. Schweiberer: Was ist, wenn wir einen negativen Bescheid bekommen?

Dipl.-Ing. Müller: Damit müssen wir nicht rechnen, denn wir haben bereits im Vorfeld angefragt, was wir exakt vorzulegen haben. Wir haben mit der Aufsichtsbehörde, der Abteilung 7, alles vorbesprochen und es wurde uns in Aussicht gestellt, dass es bei der Genehmigung zu keinen Problemen kommen sollte.

Stadtrat Dr. Weihs: Wir waren immer gegen die Gasheizung. Es wurde uns auf unsere Anfrage von den Architekten mitgeteilt, dass eine Pelletsheizung dort technisch nicht möglich sei. Dass sie doch möglich ist, weiß ich zwischenzeitlich, und ich weiß auch, dass sie teuer ist. Das ist uns der Umweltgedanke aber wert. Es haben sich für mich zwei Faktoren geändert: Einerseits die Aussage, dass es technisch nicht möglich ist, dort eine Pellets-Heizung zu machen, und andererseits die Problematik „Gas“, die ganz Europa im Dezember und Jänner beschäftigt hat. Diese beiden Faktoren haben klar gezeigt, dass wir noch viel stärker gegen die Gasschiene aufzeigen müssen.

GV Dr. Weiß (*Wortmeldung wurde schriftlich vorgelegt*): Ich halte das Anliegen der Grünen, alternative Energieträger zu fördern, für völlig berechtigt, und es wird ja offensichtlich von der ganzen Gemeindevertretung geteilt. Der Ablauf der Entscheidungs- und Planungsschritte ist eben von Dipl.-Ing. Schmitzer erläutert worden. Somit müsste eigentlich allen klar sein, dass es zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt keinen Sinn macht, die Vorbereitung des Schulneubaus zu stoppen und die nötigen Entscheidungen zu verschieben. Die Problematik der Energieversorgung ist seit langem bekannt und wurde bereits mehrmals in den Gremien diskutiert. Warum kommt dann genau heute, eineinhalb Wochen vor der Wahl, die Forderung nach mehr Zeit zum Nachdenken? Diese Forderung enthält etwas Irrationales. Deshalb frage ich, ob es hier nicht eher um den wahlkampfaktischen Versuch geht, im Streit um den Schulstandort vor der Wahl noch einmal einen Erfolg gegen den Bürgermeister vorweisen zu können.

Dem von Vizebürgermeister Danner vorgeschlagenen gemeinsamen Standort von Gymnasium, HAK/HAS und Polytechnischer Schule möchte ich deutlich widersprechen. Es gibt stichhaltige Argumente für den Standort bei der Hauptschule. HAK/HAS und Oberstufengymnasium sind im Wettbewerb um Schüler Konkurrenten. Andererseits wird es zunehmende Kooperationsmöglichkeiten von Gymnasium und Hauptschule geben. Das Thema „Neue Mittelschule“ wird jenseits aller ideologischen Streitereien in irgendeiner Form kommen, sobald man einmal auf die Pädagogen hört. Da macht es wenig Sinn, das Gymnasium möglichst weit weg von der Hauptschule zu errichten.

Überdies bewirkt eine Konzentration von HAK/HAS, Polytechnikum und Gymnasium an einem gemeinsamen Standort eine Schulgröße, die unübersichtlich wird. Es hat schon einen großen Wert, wenn die Lehrer die Schüler noch kennen und von schulfremden Jugendlichen unterscheiden können. HAK/HAS und Polytechnikum ergeben eine überschaubare Schulgröße. Das Gymnasium gehört zur Hauptschule, um zukünftige Entwicklungen nicht zu blockieren.

Aber letztlich geht es ja um etwas anderes. Ich frage mich, wann endlich Schluss sein wird mit den Versuchen, die Mehrheitsentscheidung der Gemeindevertretung zum Schulneubau

umzudrehen. Seit mehr als einem halben Jahr versucht die ÖVP, jedes Thema, das nur annähernd passt, für eine Revision der Standortentscheidung zu instrumentalisieren. Das ist bedauerlich. Irgendwann sollte man einfach in der Lage sein, Entscheidungen demokratischer Gremien zu respektieren.

GV Gönitzer: Die Heizung eines Gebäudes ist schon lange nicht mehr isoliert zu betrachten. In einem Gesamtkonzept muss Übereinstimmung herrschen. Im Landtag gibt es eine Übereinstimmung aller vier Parteien, Heizungen nach den neuesten technischen Standards zu bauen. Die Förderungen sind bereits jetzt genau darauf abgestimmt.

Stadtrat Wetsch: Ich erinnere mich, dass wir im vergangenen September eine Bauausschuss-Sitzung auf Antrag der Grünen hatten. Ich habe damals klar verlangt, dass eine alternative Energieplanung einfließen soll. Als Beispiel habe ich die Erdwärme-Versorgung in Laufen genannt. Andererseits wiederum ist die Geschichte mit den Pellets wohl in Ordnung, doch allein auf Pellets zu setzen, das würde ich nicht machen. Die Fachleute sagen, dass nicht genug zur Verfügung sind und die Versorgung problematisch sein kann. Wir begeben uns in eine Abhängigkeit. Wir müssen die Energien bündeln und wer billig baut, baut sicherlich letztendlich teuer. Daher sollen alle möglichen Energieformen in die Planung einfließen.

GV Dr. Voggenhuber zu GV Dr. Weiß: Ich finde es unfair, wenn du sagst, wir würden den Schulbau verhindern wollen. Ich gebe zu bedenken, dass in der Ausschreibung steht, die Gasheizung steht an erster Stelle. Zwei bis vier Wochen mit dem Beschluss zuzuwarten, gesehen auf die Jahre, die diese Schule stehen wird, denn diese ist für Generationen, wäre sinnvoll. Ich ersuche alle, dass wir diese Entscheidung für ein Heizungskonzept mit erneuerbarer Energie auf die nächste Sitzung verschieben. Es soll nicht um ein Verhindern oder eine Wahlkampfaktik gehen, sondern darum, ein ordentliches Energiekonzept zu erarbeiten.

Dipl.-Ing. Schmitzer: Als außen stehender Techniker möchte ich das Missverständnis aufklären. Die Intentionen sind mir klar. Wir kommen jedoch erst in die Phase, wo diese Entscheidung vorbereitet werden soll. Genau das betrifft die Fachplaner, die die Kostenvergleiche einbringen, die jetzt aber erst bestellt werden müssen. Was die Technik betrifft, so ist die Architektenleistung die kleinste. Hier handelt es sich nicht um ein Pilotprojekt, sondern in den letzten Jahren wurden viele Projekte errichtet, wo die verschiedensten Dinge zu berücksichtigen waren. Genau das, was Sie wollen, ist aber erst zu erreichen, wenn die Fachplaner zur Verfügung stehen – und das ist der nächste Schritt. Andernfalls würde eigentlich nur verhindert, was erreicht werden soll.

2. Vizebgm. Feichtner: Heute geht es um den Beschluss der Architektenleistungen, die Fachplaner werden gesondert von der Gemeindevertretung beauftragt. Heute ist nur der Architektenvertrag zu beauftragen, es geht Schritt für Schritt.

GV Mayrhofer zum Bürgermeister: Zu den beiden verlesenen Schreiben: Ich höre, dass seit Monaten Oberndorf ein Gymnasium bekommt. Die Landeshauptfrau schreibt, man sollte das gesamte Paket nicht aufschneiden. Warum hast du nicht vor Monaten mit uns gesprochen, wenn das seit Monaten feststeht?

Bürgermeister Schröder verliest nochmals jenen Satz aus dem Schreiben der Landeshauptfrau, wonach erst am 15. Jänner bei einer Landesschulratspräsidentenkonferenz im Ministerium die Zusicherung erteilt wurde. Seinerseits habe es vorher natürlich Wünsche und Vorgespräche gegeben, dies läuft bereits seit Jahren. Doch es war nicht vorauszusehen, dass eine Zusicherung noch heuer geschieht.

1. Vizebgm. Danner zu Stadtrat Wetsch: Im Zweifelsfall ist mir lieber, von einer Vielzahl von österreichischen Bauern abhängig zu sein als von „Putin & Co.“. Das hat eine Vorgeschichte, weil ausdrücklich Gas in der Wettbewerbsauslobung festgelegt wurde.

Weiters zu GV Dr. Weiß: Die beiden Schulen werden nicht mehr oder weniger Konkurrenz, wenn sie unter einem Dach leben. Dafür gibt es mehrere Beispiele. Man könnte flexibel gestalten. Wir würden es jedenfalls als sehr sinnvoll erachten, wenn man diese Schulen gemeinsam plant, integriert und auch gemeinsam betreibt. Langfristig würde sich das kostensparend deutlich bemerkbar machen.

Bürgermeister: Es ist ganz klar nicht gewollt, dass die beiden Schulen gemeinsam gebaut werden. Ein Oberstufengymnasium sehe ich sinnvoller Weise bei der Hauptschule am richtigen Ort. Präsident Gimpl hat sich wegen der Synergieeffekte auch dafür ausgesprochen. Welche Schultypen nebeneinander stehen, darüber entscheiden das Bundesministerium und der Landesschulratspräsident.

Stadtrat Dr. Weihs zu Dipl.-Ing. Schmitzer: Die Entscheidung, welche Heizungsform berücksichtigt werden soll, ist eine politische Entscheidung. Die politischen Vorgaben muss die Technik dann umsetzen.

Als wir um die Hackschnitzelheizung für die Hauptschule gekämpft haben, wart Ihr von der SPÖ dagegen!

Stadtrat Innerkofler: Wir waren deswegen dagegen, weil es eine „Insellösung“ gewesen wäre. Es ging auch um die enorme Feinstaubbelastung. Damals gab es eine Vielzahl von Gründen, die dagegen sprachen, doch wir sind nicht grundsätzlich gegen erneuerbare Energie. Solarenergie ist die teuerste Form. Hätten wir die Schule an einem anderen Standort, müssten wir auch in diesem Fall tief in die Tasche greifen. Es geht letztlich nur darum, was wir bezahlen wollen. Gegen die Energieform selbst sage ich ja noch nichts, doch was das BORG betrifft – Ihr dort drüben (an Teile der ÖVP-Fraktion gerichtet) wollt nur verhindern. Es wird nur versucht, Zeit zu gewinnen und über diese Periode hinüberzuretten. Das finde ich schade. Es geht Euch sicher nicht um die gemeinsame Planung.

GV Dr. Weiß zu GV Dr. Voggenhuber: Ich habe nicht behauptet, dass es den Grünen um Wahlkampfstrategie geht. Ich habe gefragt, ob hinter diesem für mich irrational erscheinenden Vorgehen solche Überlegungen stehen könnten. Bei einer anderen Fraktion weiß ich, dass es um Wahlkampf geht.

GV Petzlberger: Der Fachplanervertrag, wird der in der Gemeindevertretung – so wie wir jetzt hier sitzen – abgestimmt? Besteht da die Möglichkeit, wenn z. B. Gas bestimmt wird, dass wir nicht zustimmen?

Bürgermeister: Selbstverständlich. Wir können uns auf eine Beschlussformulierung einigen, die im Vertrag beinhaltet werden muss. Das ist dann verbindlich.

GV Petzlberger: Alternativenergie wird sicher teurer sein, doch wir müssen an die nächste Generation denken. Wir müssen wirklich gemeinsam etwas tun, denn es ist „5 Min. nach 12.00“!

GV Ing. Schweiberer: Es waren viele bei der Bauausschuss-Sitzung und jetzt tun sie so, als würden sie nicht wissen, was dort gesagt wurde. Wir haben damals klar herausgearbeitet, dass wir Alternativenergie haben möchten. Festgelegt wurde dann aber Niedrigenergie. Es gibt einen bestimmten Wert, wo genau festgelegt ist, wie viel Energie verwendet werden darf. Das ist der Unterschied zur Alternativenergie. Wir haben in der Ausschreibung Niedrigenergie enthalten. Alternativenergie war zwar gewünscht, aber damals, als es lange und breit diskutiert wurde, wurde es nicht hineinreklamiert. Es wurde klar gesagt, wenn wir eine Alternativenergie haben wollen, dann ist das klar zu definieren, weil die Kosten nach oben hin offen sind. Damals hat keiner etwas gesagt. Eine Hackschnitzelheizung an diesem Standort ist nicht möglich, es wurde jedoch nie gesagt, dass Pellets nicht möglich ist. Ich bitte, nicht heute so zu tun, als hätte man davon noch nie etwas gehört. Das war alles aus-

diskutiert. Wer trägt die Kosten im anderen Fall? Es hat geheißen, Kostenrahmen 10,4 Mio. Euro – mehr gibt es nicht. Zahlt das, was darüber liegt, der Bund oder müssen wir bezahlen? Das gehört geklärt.

Stadtrat Dr. Weihs: Ich habe damals klar gesagt, dass ich gegen Gasheizung bin. Ich habe deshalb nicht so klar Position beziehen können, weil die Technik gesagt hat, das mit den Pellets sei nicht gut machbar, weil sie nass werden könnten. Ich habe mich anschließend erkundigt – machbar wäre es. Das würde teuer werden. Wir wollen die Klimaerwärmung verhindern. Daher müssen wir den Bau einer umweltneutralen Heizung einplanen. Am liebsten hätten wir eine Passivheizung, doch wir wissen, dass es noch mehr kostet. Die damalige Auskunft und die Gaskrise waren für mich dann der Grund, warum wir das nicht auf die leichte Schulter nehmen sollten. Diese beiden Punkte waren damals noch nicht vorhanden.

Bürgermeister: Es ändert an der Situation nichts, dass der Architektenvertrag das Eine ist und der Beschlusstext, der einfließen kann in den Vertrag für den Technikplaner, das Andere. Auf diesen Beschlusstext können wir uns heute einigen, der für die Grünen es zulässt, dass sie hier und heute mit abstimmen können, damit wir in der Planung weiterkommen. Noch einmal: Auch der Bund hat klar das Interesse an Alternativenergie bekundet. Es geht nicht so sehr um die Errichtungskosten, sondern primär um die Folgekosten, sprich die Betriebskosten auf lange Sicht.

Stadtrat Ing. Bruckmoser: Die Förderung hängt schon vom Heizungstyp ab. Ich würde mich nicht festnageln, was es sein soll. Es wird sicher keiner sagen, es muss Gas sein. Bei einer Neuausschreibung des Objektes würde ich auch nicht Gas angeben. Doch ich denke, wir können das heute so lösen und zu einem Beschluss kommen, denn der Architektenvertrag gilt für das Gebäude, die Technik ist eine gesonderte Sache. Man wird sicherlich jemanden mit einem entsprechenden Know-how finden.

Bürgermeister: Wir haben eine Schule besichtigt und der Architekt wird diesbezüglich reagieren. Es muss in die Richtung einer alternativen Form gehen. Die große Zielsetzung sowohl meinerseits als auch des Bundes ist, nicht nur hinsichtlich der Energieform umweltschonend zu sein, sondern auch an die finanzielle Belastung zu denken. Die Betriebskosten der Folgejahre sind zu betrachten.

Stadtrat Wetsch: Zur Alternativenergie: Ich stelle fest, dass die SPÖ kein Handlanger der Gaslobby ist. Wir können uns zusammensetzen und jeder kann einbringen, wie wir vorgehen. Wir müssen ökologisch und ökonomisch denken und wir müssen einen patenten Betrieb finden.

Stadtrat Dr. Weihs schlägt vor, folgenden Satz im Beschlusstext zu ergänzen: Fossile Energieträger (Erdöl, Gas) sind als Heizungsform unerwünscht und dezidiert bei der Ausschreibung der technischen Ausstattung auszuschließen.

Dipl.-Ing. Schmitzer: Das müssen Sie rein vorgangstechnisch uns überbinden, denn der Architekt schreibt nicht die Fachplanerleistungen aus, das machen wir. Wir können das dann gerne aufnehmen und dem Fachplaner weitergeben, doch es hat nichts mit dem Architekten zu tun, das ist für ihn nicht relevant. Der Fachplaner sagt, wie viel Platz wir brauchen, das ist dann die Folge. Wir haben eine andere Projektorganisation. Wir sind übergeordnet und vertreten die Bauherreninteressen. Wir übermitteln die Wünsche dem Architekten und dem Fachplaner und sind zu all jenem verpflichtet, was die Gemeinde uns ins Stammbuch schreibt. Daher lassen wir das in die Ausschreibung bzw. für die Beauftragung der entsprechenden Firma einbauen.

Stadtrat Dr. Weihs: Es kostet aber logischerweise mehr als die Gasheizung?

Dipl.-Ing. Schmitzer: Es wird allgemein in den Gemeinden schon darüber nachgedacht, auch über die Lebenszykluskosten. Ich sehe auch hier diesen Prozess.

Stadtrat Dr. Weihs: Bringt man in einem fixen Budget diese Kosten unter?

Dipl.-Ing. Schmitzer: Man lehnt sich zu weit hinaus. Ich würde auch nicht sagen, was an diesem Standort die beste Heizung ist. Ich kann jedenfalls festlegen, es muss eine alternative Heizung sein, aber nicht welche.

Bürgermeister: Könnten wir uns darauf einigen, dass wir in einer kurzen Pause einen Beschlusstext formulieren? Vielleicht können wir uns einigen, dass wir zusätzlich zum Architektenvertrag dies Herrn Dipl.-Ing. Schmitzer als Auftrag mitgeben.

20.10 Uhr – Bürgermeister Schröder beantragt eine Sitzungsunterbrechung für die Dauer von ca. 15 Minuten.

Wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Da Bürgermeister Schröder diese Unterbrechung beantragt hat, führt er die Sitzung um 20.35 Uhr weiter.

Dr. Schäffer verliest den neu formulierten Beschlusstext wie folgt:

1. Die Gemeindevertretung beschließt, dass bei der Ausschreibung der Technikplanung für das Heizsystem fossile Energieträger (Gas, Öl) dezidiert auszuschließen sind.
2. Das Projektmanagement und der Architekt haben auf diesen Beschluss verbindlich Rücksicht zu nehmen.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, in diesem Sinne Verhandlungen mit dem Bund über die Beteiligung an allfälligen Mehrkosten zu führen.
4. Im Rahmen des Fachplaner-Auswahlverfahrens ist darauf zu achten, dass jene Bewerber eine höhere Bewertung erfahren, welche eine entsprechende Erfahrung im Bereich der Planung von alternativen gebäudetechnischen Anlagen haben.

20.40 Uhr – Stadtrat Prem beantragt eine neuerliche Sitzungsunterbrechung für fünf Minuten.

Wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Um 20.45 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt. Da Stadtrat Prem diese Unterbrechung beantragt hat, ist er am Wort.

Stadtrat Prem: Wir haben uns beraten und Bauausschuss-Obmann Ing. Schweiberer wird das Ergebnis ausführen.

GV Ing. Schweiberer: Wir haben uns beide Beschlüsse angesehen. Wir sehen ein finanzielles Risiko, wenn wir so beschließen, wie es jetzt im Antrag steht. Der Bund wird nicht sagen, wir geben euch mehr Geld als 10,4 Mio. Euro. Das ist wirtschaftlich nicht tragbar. Der Vorschlag, den wir haben: Es ist jetzt vor der Wahl überhaupt keine Problem, von den zuständigen Herren die Zusage zu bekommen, wir erhalten die zusätzlichen Kosten. Wir haben uns entschlossen, wenn es zu keiner Verschiebung des Beschlusses kommt, wo wir es schriftlich bekommen könnten, ist uns persönlich die erste bzw. die ursprüngliche Beschlussform lieber, weil alle Alternativen offen sind. Meine Bitte dazu: An diesen 14 Tagen kann es nicht scheitern. Ich denke, wir sollten die Chance nutzen. Das ist unser Vorschlag. Es ist niemand herinnen, der gegen Patrick Weihs ist.

Bürgermeister: Es gibt einen Antrag der Grünen, soll darüber abgestimmt werden?

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, über folgenden Beschlussvorschlag abzustimmen:**

- 1. Die Gemeindevertretung beschließt, dass bei der Ausschreibung der Technikplanung für das Heizsystem fossile Energieträger (Gas, Öl) dezidiert auszuschließen sind.**
- 2. Das Projektmanagement und der Architekt haben auf diesen Beschluss verbindlich Rücksicht zu nehmen.**
- 3. Der Bürgermeister wird beauftragt, in diesem Sinne Verhandlungen mit dem Bund über die Beteiligung an allfälligen Mehrkosten zu führen.**
- 4. Im Rahmen des Fachplaner-Auswahlverfahrens ist darauf zu achten, dass jene Bewerber eine höhere Bewertung erfahren, welche eine entsprechende Erfahrung im Bereich der Planung von alternativen gebäudetechnischen Anlagen haben.**

Offene Abstimmung (25 GV anwesend): 20 Stimmen dafür, 5 Stimmen dagegen (4 NOW, 1 FPÖ)

Der Bürgermeister stellt weiters den **Antrag, über die Architektenleistungen (Objektplanung und Planungscoordination) in der vorliegenden Form (lt. Amtsbericht) abzustimmen.**

Offene Abstimmung (25 GV anwesend): Werden einstimmig beschlossen.

- *Architekt Dipl.-Ing. Schmitzer verlässt die Sitzung.*

5. Sanierung Volksschul-Turnhalle – Beauftragung div. Gewerke

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Da die Sanierung des Turnsaales der Volksschule im Sommer dieses Jahres durchgeführt werden soll, ist es notwendig, die verschiedenen Professionistenleistungen zu beauftragen. Die erforderlichen Angebote wurden eingeholt. Die Leistungen werden gemäß den vorliegenden Vergabevorschlägen zur Beauftragung vorgeschlagen:

1. Schlosserarbeiten an die Fa. Ing. Franz Wimmer GmbH, 5110 Oberndorf, mit einer Vergabesumme von netto € 24.587,--

2. Flächenheizung für den Sportboden an die Fa. Buchner Gas-, Wasser- u. Heizungsinstallation GmbH, 5110 Oberndorf mit einer Vergabesumme von netto € 10.071,--

3. Tischlerarbeiten an die Fa. Wolfgang Streitwieser, 5110 Oberndorf mit einer Vergabesumme von netto € 30.702,--

Die restlichen Gewerke werden in der nächsten Gemeindevertretungssitzung zur Vorlage gebracht (Sportboden, Sportgeräte, Malerarbeiten etc.).“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Beauftragungen gemäß den vorstehenden Vergabevorschlägen zu beschließen.**

Offene Abstimmung (25 GV anwesend): Werden einstimmig beschlossen.

6. Erweiterung und Abänderung des Bebauungsplanes „Krankenanstalten“

Folgender Amtsbericht des Bauamtes liegt vor:

„Grundlagen:

Durch den Eigentümer ist die Bebauung der Parzelle 899/4 in den nächsten Jahren beabsichtigt. Es wird daher der bestehende Bebauungsplan „Krankenanstalten“ um das erforderliche Flächenausmaß erweitert. Gemäß § 40 ROG 1998 kann daher der Bebauungsplan geändert werden. Die Verfahrensschritte zur Erweiterung und Abänderung des Bebauungsplanes werden durch § 38 ROG 1998 bestimmt.

Gutachten:

Die vorbereitenden Verfahrensschritte wurden ordnungsgemäß durchgeführt. Einwendungen wurden keine erhoben.

Es kann daher der Gemeindevertretung die Erweiterung und Abänderung des Bebauungsplanes der Grundstufe für den Bereich "Krankenanstalten" zur Beschlussfassung vorgelegt werden (Auszug aus den Bebauungsbedingungen für das neue Teilgebiet 3: BMZ=3,5, Trauf- und Firshöhe max. 426,50 NN, technische Aufbauten max. 428,00 NN).“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Erweiterung und Abänderung des Bebauungsplanes der Grundstufe für den Bereich „Krankenanstalten“ gemäß § 38 Abs. 4 ROG 1998 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (25 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

7. Ermächtigung gem. § 16 (3) Passgesetz

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Für die Entgegennahme von Anträgen auf Ausstellung, Erweiterung des Geltungsbereiches und Änderung eines gewöhnlichen Reisepasses (einschließlich Abnahme der Fingerprints) durch den Bürgermeister bedarf es einer neuen Ermächtigung durch die Bezirksverwaltungsbehörde. Diese Ermächtigung setzt gem. § 16 Abs. 3 PassG die Zustimmung durch die Gemeinde voraus. Nachdem die Zustimmung zur Ermächtigung der Gemeinde nicht in den ausdrücklichen Aufgabenkatalog des Bürgermeisters (§ 40 Sbg GdO) fällt, ist ein entsprechender Beschluss der jeweiligen Gemeindevertretung erforderlich.

Durch eine Änderung des österreichischen Passgesetzes müssen alle Reisepässe, die ab dem 01.04.2009 ausgestellt werden, auch die Abdrücke von zwei Fingern (Fingerprints) enthalten, die auf einem im Pass eingearbeiteten Chip gespeichert werden. Diese Bestimmung gilt allerdings nur für Passausstellungen ab 1. April dieses Jahres. Alle vor diesem Zeitpunkt ausgestellten Reisepässe behalten bis zum Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer ihre Gültigkeit. Anlässlich der am 19. Jänner 2009 stattgefundenen Konferenz der Flachgauer Bürgermeister wurde einstimmig festgehalten, dass die Abnahme der Fingerprints auch auf den Gemeindeämtern möglich sein soll. Seitens des Landes Salzburg werden den Gemeindeämtern die entsprechenden technischen Vorrichtungen zur Verfügung gestellt und auch die Wartungskosten übernommen. Dadurch ist sichergestellt, dass auch weiterhin Reisepässe am Gemeindeamt beantragt werden können und damit diese Servicefunktion für die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde in bewährter Weise weiter fortgeführt werden kann. Selbstverständlich können Passanträge nach wie vor auch direkt bei der Flachgauer Bezirkshauptmannschaft als zuständiger Passbehörde eingebracht werden.“

Stadtrat Dr. Weihs: Wo werden die Daten gespeichert? Werden sie in der Gemeinde zwischengespeichert und weitergeleitet?

Bürgermeister: Die Daten gehen an die Bezirkshauptmannschaft und werden dort nach einer gewissen Zeit berichtet. Sie bleiben nicht bei der Gemeinde sondern gehen weiter!

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, Folgendes zu beschließen:**

Die Gemeindevertretung der Stadtgemeinde Oberndorf stimmt zu, dass Anträge auf Ausstellung, Erweiterung des Geltungsbereiches und Änderung eines gewöhnlichen Reisepasses beim Bürgermeister eingebracht werden können. Die Zustimmung der Gemeinde umfasst die Ermächtigung zur

- **Abnahme der Fingerprints**
- **Prüfung des Antrages in formaler Hinsicht**
- **Identitätsprüfung**
- **Prüfung der Unterlagen (Staatsbürgerschaftsnachweis, Wohnsitz, ...)**
- **Visuelle Prüfung des Fotos**
- **Einhebung der Gebühr**
- **Übermittlung der Unterlagen an die Bezirkshauptmannschaft**
- **Ausfolgung des Reisepasses und der Unterlagen an die Antragsteller**
- **Entwertung des alten Reisepasses**

Offene Abstimmung (25 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

8. Änderung der Abfuhrordnung

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Die am 11. Dezember 1999 erlassene Abfuhrordnung der Stadtgemeinde Oberndorf, zuletzt geändert mit Beschluss der Gemeindevertretung vom 12. Dezember 2007, soll wie folgt abgeändert werden:

Der Begriff „Betriebe“ wird entsprechend der Definition in § 2 Abs. 1 im gesamten Verordnungstext um „Anstalten und sonstige Arbeitsstätten“ ergänzt.

Der Begriff „Abfallentsorgungshof“ wird im gesamten Verordnungstext durch „Altstoffsammelzentrum“ ersetzt.

In § 2 Abs. 3 wird der Begriff „Elektroaltgeräte“ gestrichen.

In § 2 Abs. 9 wird eine Definition für Altbatterien aufgenommen und in den nachfolgenden Paragraphen ergänzt (siehe § 16 Anhang C).

In § 5 Abs. 5 und 6 wird eine Verpflichtung der Biotonnenbesitzer zur Behälterreinigung aufgenommen.

In § 6 Abs. 3 wird das Wort „wöchentlich“ gestrichen und ein Verweis auf § 10 Abs. 2 eingefügt.

§ 12 wird textlich den Bestimmungen der Hausabfallverordnung angepasst.

In Anhang B wird die Liste der sonstigen Abfälle um Agrarfolien erweitert.

Die Änderungen sollen mit Ablauf der Kundmachungsfrist in Kraft treten.

Begründung

Durch den Erlass einer neuen Batterienverordnung mit BGBl II Nr. 159/2008 ist es notwendig, sowohl eine Definition aufzunehmen als auch die geänderten Begriffe in der Abfuhrordnung anzupassen. Weiters enthält die neue Hausabfallverordnung, LGBl Nr. 85/2008, geänderte Bestimmungen für die Sammlung von sperrigen Hausabfällen, die Auswirkungen auf die Abfuhrordnung haben. Alle weiteren Ergänzungen sind Erweiterungen und Klarstellungen, die sich auf Grund der Praxis herauskristallisiert haben.“

1. Vizebgm. Mag.(FH) Danner stellt eine Frage zu den erwähnten „Agrarfolien“: Ich nehme an, das ist ein Vorschlag, der vom Land kommt (*Bürgermeister Schröder wirft ein, dass dieser Vorschlag vom Gemeindeverband kommt*). Ist die Kostengestaltung bei den meisten Gemeinden gleich? Ist die Preisgestaltung kostendeckend?

Bürgermeister Schröder hält fest, dass er diese Frage nicht beantworten kann, ist jedoch der Meinung, dass Zielsetzung ist, in der gesamten Region das Gleiche zu verlangen. Die Beantwortung dieser Frage wird nachgereicht.

GV Dr. Voggenhuber zu „der Begriff Elektroaltgeräte wird gestrichen“: Was ist damit gemeint? Uns fehlt die weiterführende Information.

Bürgermeister: Die Geräte werden selbstverständlich in den Altstoffsammelzentren entgegen genommen, es hat sich nur mit dem Entgelt etwas geändert. Im § 2 werden Elektrogeräte definiert. Doch dafür ist keine genaue Empfehlung enthalten.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Änderung der Abfuhrordnung der Stadtgemeinde Oberndorf in der vorstehenden Form zu beschließen.**

Offene Abstimmung (25 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

9. Subventionen

9.1. Turnverein Oberndorf

Der Turnverein Oberndorf ersucht um Auszahlung der letzten Rate der Subvention für die Sanierung der Turnhalle in der Höhe von € 30.000,--.

Durch den Turnverein wurde eine Vereinbarung gem. Beschluss der Gemeindevertretung vom 26.09.2007 in Bezug auf die Rückzahlung der gewährten Gesamtsubvention in der Höhe von € 90.000,- unterfertigt.

9.2. Hauptschule Oberndorf – Projektstage „100 Jahre Leopold Kohr“

Als Unterstützung für die Projektstage anlässlich des 100. Geburtstages von Leopold Kohr ersucht die Hauptschule Oberndorf um die Gewährung einer Subvention in der Höhe von € 2.000,--.

9.3. SalzArt-Festivals 2009

Es wird um Gewährung einer finanziellen Unterstützung in der Höhe von € 6.000,-- ersucht. Die entsprechenden Unterlagen wurden vorgelegt.

9.4. Gewährung der jährlichen Subvention für

Seniorenbund € 835,-

Pensionistenverband € 835,-

Seniorenring € 150,-

9.5. Stadtkapelle Oberndorf

Es wird um Gewährung der jährlichen Subvention in der Höhe von € 7.000,-- gebeten.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die vorstehenden Subventionen (9.1. – 9.5.) zu beschließen.**

Offene Abstimmung (25 GV anwesend): Werden einstimmig beschlossen.

9.6. Wilfried Salomon – Solarförderung

Mit Schreiben vom 16. Februar 2009 ersucht Herr Salomon um die Gewährung eines Baukostenzuschusses für die Errichtung einer Solaranlage. Vom Land Salzburg wurden ihm € 1.600,-- ausbezahlt. Die Förderrichtlinien der Stadtgemeinde Oberndorf sehen davon 25 % vor, das sind € 400,--.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Auszahlung einer Solarförderung für Herrn Wilfried Salomon in der Höhe von € 400,-- zu beschließen.**

Offene Abstimmung (25 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

10. Allfälliges

Stadtrat Wetsch: Da dies heute meine letzte Sitzung als aktiver Mandatar ist, möchte ich mich bei den Kollegen der Gemeindevertretung und den Mitarbeitern des Stadtamtes bedanken. Sollte ich in der Hitze des Gefechts einmal jemandem zu nahe getreten sein, möchte ich mich dafür entschuldigen, es war nicht persönlich gemeint, es ging um die Sache. Für die neue Gemeindevertretungsperiode wünsche ich viel Freude, Glück und Erfolg!

Bürgermeister: Dies ist heute die letzte Gemeindevertretungssitzung der Funktionsperiode. In der Stadt Oberndorf hat es in den vergangenen fünf Jahren eine positive Entwicklung gegeben. Wir haben oft angeregt und impulsiv diskutiert. Ich schließe mich den Worten von Alois Wetsch an, denn es ist nicht immer einfach, in der Hitze des Gefechts den richtigen Tonfall zu finden. Doch letztendlich sollte es nie persönlich gewesen sein, das ist nie passiert.

Ich danke allen, die in dieser Periode in der Gemeindevertretung mitgearbeitet und mitgestaltet haben. Es hat jeder aus seiner Sicht für Oberndorf und seine Bürgerinnen und Bürger das Beste gewollt und ich danke auch im Namen der Oberndorfer Bevölkerung dafür. Die meisten, so nehme ich an, werden wieder in der Gemeindevertretung sein und für die Entwicklung der Stadt weiter arbeiten.

Bei jenen, die nicht mehr kandidieren, möchte ich mich sehr herzlich für die gute Zusammenarbeit bedanken und wünsche weiterhin alles Gute. Es würde mich freuen, den Einen oder Anderen als Zuhörer bei Sitzungen begrüßen zu dürfen und Erfahrungen mit jenen austauschen zu können, die einen anderen Blickwinkel gewonnen haben, weil sie etwas abseits der Politik stehen. Nochmals wünsche ich jedem Einzelnen das Beste und guten Abend!

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Bürgermeister die Sitzung um 21.00 Uhr.

Die Schriftführerin:
gez. Gabriele Niederstrasser eh.

Der Vorsitzende:
gez. Bürgermeister Peter Schröder eh.

Beschlussfassungsprotokoll GV v. 18.02.09

TOP	Beschluss	erledigt am	erledigt von
-----	-----------	-------------	--------------

- 2. Protokoll vom 10.12.2009
- 4. Architektenleistungen HAK/HAS/PTS
 - 1) Antrag der Grünen – Beschlussvorschlag betr. Ausschluss fossile Energieträger - verbindliche Rücksichtnahme
 - 2) Beauftragung Architektenleistungen (Planung, Koordination)
- 5. Sanierung Volksschul-Turnhalle - Beauftragung Gewerke
- 6. Erweiterung u. Abänderung Bebauungsplan „Krankenanstalten“
- 7. Ermächtigung gem. § 16 (3) Passgesetz (Fingerprints)
- 8. Änderung Abfuhrordnung
- 9.1. – Subventionen
- 9.6.

